

## Die Woche im Bundestag



### Bürger nicht zusätzlich belasten

Die explodierenden Energiepreise bereiten Bürgern und Unternehmen Sorgen. Viele wissen nicht, wie sie Nachzahlungen für Strom und Gas oder künftige Abschlagszahlungen aufbringen sollen. Zahlreiche Unternehmer sehen ihre Geschäftsmodelle vor dem Aus. Die bisherigen Ampel-Maßnahmen sind enttäuschend. Mit unserem Antrag *Bürgern und Unternehmen eine energiepolitische Perspektive geben, Preise unter Kontrolle bringen, Insolvenzwelle verhindern* zeigen wir auf, wie mit entschlossenem und zielgerichtetem Handeln diese Situation zu meistern ist.

Vor allem gilt es, weitere Belastungen für Bürger und Wirtschaft zu vermeiden. Die handwerklich fehlerhafte und sozial ungerechte Gasumlage muss abgeschafft werden - spätestens seit der Verstaatlichung des angeschlagenen Energieriesen Uniper. Daneben müssen alle zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Energiegewinnung genutzt werden. Ein ideologisches

Stilllegen von Kernkraftwerken oder eine reine Nutzung als Notreserve verkennt den Ernst der Lage. Mit unserem Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes legen wir einen konkreten Vorschlag für die Verlängerung der Laufzeiten auf den Tisch.

Darüber hinaus müssen wir Bürger und Wirtschaft gezielt entlasten. Wir brauchen einen Bürger-Basispreis beim Gas, der die Grundversorgung bezahlbar hält und zugleich Anreize zum Energiesparen setzt. Haushalte im unteren Einkommensdrittel wollen wir mit einer Energiepauschale von 1.000 Euro entlasten. Insbesondere die bisher weitgehend vertrösteten kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir besser unterstützen. Ergänzende Vorschläge mit Blick auf die besonderen Leistungen der Alleinerziehenden unterbreiten wir in unserem Antrag Alleinerziehende in der hohen Inflation nicht allein lassen.

**9,3**  
**PROZENT**  
**INFLATION**

**PROGNOSTIZIERT DAS IFO-INSTITUT  
FÜR DAS KOMMENDE JAHR  
DURCHSCHNITTLLICH.**

**CDU/CSU**

## Kita-Kinder weiter sprachlich fördern



Zum Weltkindertag erklärt die **familienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Silvia Breher:**

„Zum heutigen Weltkindertag wünsche ich mir für alle Kinder, dass sie eine echte Chance für ihre Zukunft bekommen. Kein Kind darf in Armut aufwachsen. Kein Kind darf von Bildung ausgeschlossen werden. Wir alle – Eltern, Großeltern, Politik – haben dafür zu sorgen, ihnen die bestmöglichen Startchancen zu geben.“

Die Ampel redet zwar viel und gern über Identitätspolitik, streicht im gleichen Atemzug aber massiv Gelder im Kinder- und Jugendbereich, wie beispielsweise im Bereich der früh-

kindlichen Bildung mit dem Förderstopp des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ oder auch dem Bundesprogramm „Kita-Einstieg“. Dies ist eine Politik der Verantwortungslosigkeit und der Kurzsichtigkeit; eine Politik, die Bildungsarmut nicht bekämpft, sondern eher befördert.

Die Union wird mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dafür kämpfen, diese Politik der Verantwortungslosigkeit zu beenden. Wir werden das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ retten. Denn was wir jetzt brauchen, ist eine Politik, die Kinder schützt und ihnen die Weichen für bestmögliche Startchancen im Leben stellt.“



## Pauschale Pflanzenschutzverbote sind der falsche Weg



Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche ihren Antrag zur EU-Verordnung über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in den Deutschen Bundestag eingebracht. Dazu erklärt der **agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann:**

„Minister Özdemir darf in dieser wichtigen Frage nicht weiter abtauchen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, unverzüglich in Brüssel aktiv zu werden und sich für eine umfassende Änderung der EU-Verordnung einzusetzen. Jedes weitere Abwarten der Ampel führt dazu, dass die EU-Pläne unverändert umgesetzt werden. Die EU-Verordnung, so wie sie jetzt ausfällt, ist vielleicht im Interesse des Umwelt- und des Landwirtschaftsministeriums, aber nicht im Interesse der Verbraucher. Denn diese müssen mit noch höheren Lebensmittelpreisen rechnen, wenn die Verordnung in ihrer jetzigen Form umgesetzt wird.“



## Die Woche im Plenum



### 1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

Wir haben die **Unterrichtungen der Bundesregierung zu ihrer Digitalstrategie und der Gigabitstrategie** beraten. Beide Papiere bewerten wir kritisch. Die Digitalstrategie lässt Zielgenauigkeit und Transparenz vermissen. Sie ist insgesamt enttäuschend. Die genannten Ziele sind ambitionslos. Auch die Einführung eines Digitalbudgets – also eines ressortübergreifenden Haushaltstitels für Digitalprojekte – ist immer noch nicht erfolgt. Die Gigabitstrategie setzt im Wesentlichen die – zutreffende – Förderpolitik der Vorgängerregierung fort, bringt aber kaum neue Impulse. Unsere Gegenvorschläge unterbreiten wir in unserem Antrag Stillstand und unklare Zuständigkeiten in der Digitalpolitik beenden, für eine ambitionierte und koordinierte Digitalstrategie.

Kinder und Jugendliche haben in der Corona-Pandemie an vielen Stellen zurückstecken müssen. Jetzt ist wichtig, dass Bund und Länder gemeinsam alles tun, um Lernrückstände zu schließen und die psychischen Folgen der Maßnahmen für Kinder und Jugendliche abzumildern. Wir haben deshalb die **Große Anfrage: Beitrag des Bundes zum Aufholen von pandemiebedingten Lernrückständen bei Kindern und Jugendlichen sowie zur Milderung von psychosozialen Folgen** an die Bundesregierung gestellt. Die Antwort haben wir im Plenum diskutiert. Darüber hinaus haben wir konkrete Vorschläge in unserem Antrag **Kinder und Jugendliche beim Aufholen von pandemiebedingten Lernrückständen und der Milderung von psychosozialen Folgen nicht allein lassen** zusammengefasst, den wir ebenfalls zur Debatte stellten.

Die Bundesregierung will das Förderprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ beenden. Die Entscheidung wird von vielen Seiten kritisiert, denn das Bundesprogramm war außerordentlich erfolgreich. Mit unserem Antrag **Qualität in der Kinderbetreuung sicherstellen – Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur**

**Welt ist“ muss fortgesetzt werden** fordern wir die Bundesregierung zur Fortsetzung und Weiterentwicklung des Programms auf. Der frühkindlichen Sprachförderung müssen wir weiterhin hohe politische Priorität einräumen.

Nach Corona braucht auch der Sport einen Neustart. Die Pandemie hat auch dazu geführt, dass vielen Vereinen aktive Sportler und ehrenamtliche Trainer verloren gegangen sind. Weniger Sport hat zudem nachteilige gesundheitliche Folgen für die Bevölkerung. Mit unserem Antrag **Bewegungsgipfel jetzt ausrichten – Deutschland durch Sport gesünder machen** fordern wir die Bundesregierung auf, möglichst schnell einen Bewegungsgipfel einzuberufen, der den Neustart im Sport nach der Pandemie einleitet.

### 2. Sonstige Tagesordnungspunkte



In 1. Lesung diskutierten wir zudem eine Reihe von Gesetzesentwürfen der Koalitionsfraktionen, mit denen das am 4. September von der Bundesregierung verkündete dritte Entlastungspaket umgesetzt werden soll: Das **Gesetz zum Ausgleich der Inflation durch einen fairen Einkommensteuertarif sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen**, das **Gesetz zur temporären Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Gaslieferungen über das Erdgasnetz**, sowie das **Achte Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen**. Unsere Auffassung dazu haben wir bereits in unserem oben dargestellten Leitantrag zusammengefasst: Zu wenig, zu kompliziert, nicht aus einem Guss.

In 1. Lesung haben wir zudem das **Sechste Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes** beraten, mit dem die Koalitionsfraktionen vorschlagen, das aktive Wahlalter für die Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre abzusenken. Wir sehen diesen Vorschlag kritisch: Rechte und Pflichten gehören zusammen. Es wäre ein Widerspruch, wenn sich junge Menschen erst mit 18 Jahren rechtlich verpflichten (z.B. verschulden) dürfen und erst ab diesem Zeitpunkt straf-

rechtlich voll zur Verantwortung gezogen werden können, zugleich aber unmittelbaren Einfluss auf die europäische Gesetzgebung nehmen können. Wir wissen die übergroße Mehrheit der Menschen hinter uns: Laut einer Allensbach-Umfrage von November 2021 sprachen sich 71 Prozent der Bevölkerung für die Beibehaltung des Wahlalters ab 18 aus; nur 19 Prozent präferierten ein Wahlalter ab 16.



In 1. Lesung haben wir den von der Bundesregierung eingebrachten **Entwurf für ein Gesetz zur Aufteilung der Kohlendioxidkosten** beraten. Mit dem Gesetz soll die CO<sub>2</sub>-Steuer auf Mieter und Vermieter nach einem Stufenmodell aufgeteilt werden. Wir teilen das Ziel, durch eine Aufteilung der CO<sub>2</sub>-Kosten eine Lenkungswirkung sowohl bei Mietern als auch bei Vermietern zu erzielen und beide Seiten zur Einsparung von Energie anzuregen. Aber: Das Modell der Ampel erzielt diese Lenkungswirkung nicht. Es stellt auf den tatsächlichen Energieverbrauch und nicht auf den energetischen Zustand des Gebäudes ab. Auch auf Eigentümer, die ihre Gebäude aufwendig saniert haben, können so hohe Umlagen zukommen. Denn wie viel Energie verbraucht wird, hängt von vielen Faktoren ab. Beim Ampel-Modell wären kinderreiche Familien und ältere Menschen die Leidtragenden, weil sie in aller Regel mehr Energie verbrauchen. Wenn der Gesetzentwurf der Ampel nicht grundlegend verändert wird, werden diese Mieter noch schwerer eine Wohnung finden. Wir bevorzugen dagegen ein bürokratiearmes Modell, orientiert am Energieeinsparrecht zum Zeitpunkt der Errichtung des Gebäudes und an nachträglichen Verbesserungen. Dieses Modell entfaltet eine Lenkungswirkung in beide Richtungen: Vermieter haben einen Anreiz, den energetischen Zustand ihres Gebäudes zu verbessern, damit ihr Anteil an der Umlage sinkt. Mieter haben einen stärkeren Anreiz, ihren Verbrauch und damit ihre Kosten zu senken. Familien und Personen mit höherem Wärmebedürfnis werden durch unser Modell bei der Wohnungssuche nicht benachteiligt.

## Frieden und Freiheit in Europa verteidigen

Die Ukraine muss den Krieg gewinnen – dies liegt im deutschen und europäischen Sicherheitsinteresse. Dafür braucht es die notwendige Ausstattung mit Material, vor allem auch Kampf-, Schützen- und Transportpanzer. Je zügiger die Ukraine militärische Erfolge erzielt, desto besser wird ihre Verhandlungsposition und desto schneller endet der Krieg.



Die Bundesregierung hingegen zögert und zaudert in der Unterstützung für die Ukraine. Das kostet ukrainischen Soldaten das Leben und verlängert den Krieg. Unsere Partner in Mittel- und Osteuropa sowie unsere NATO-Verbündeten erwarten mehr Engagement. Wir fordern die Bundesregierung auf, nun endlich das verfügbare Material aus Beständen der Industrie und der Bundeswehr zu liefern. Die zuletzt angekündigte Lieferung einiger weiterer Mehrfachraketenwerfer, Haubitzen sowie von Dingos ist begrüßenswert, aber alles andere als eine kraftvolle Initiative. Die Industrie steht bereit. Unsere Partner warten auf Initiative aus Berlin. Auch unsere amerikanischen Partner fordern mehr Initiative und Führungsverantwortung von der Bundesregierung. Spätestens jetzt ist der Zeitpunkt hierfür gekommen.

**CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

**Vorsitzender:**  
Dr. Mathias Middelberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139  
Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

**Bildnachweis:**  
Foto Header: Tobias Koch

*Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.*